



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt stellen eine Zäsur dar. Wo Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Identität oder ihres Engagements unter Druck geraten, ist die Demokratie als Ganzes bedroht. Eine Politik der Abschottung und der permanente Kulturkampf der AfD lösen keines unserer

Probleme.

Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, Bildung, eine starke Wirtschaft und Sicherheit sind nur in einer starken Demokratie dauerhaft zu sichern. Gerade in schwierigen Zeiten müssen demokratische Parteien gemeinsam Verantwortung übernehmen und die Demokratie verteidigen.

Hamburg steht für Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Herzliche Grüße

Regina Jäck

Save the Date: Laternenumzüge der SPD Bramfeld

Die SPD Bramfeld und die Bürgerschafts-abgeordneten Regina Jäck und Jessica Hennig laden am 16. Oktober und am 27. November zum Laternenumzug ein. Weitere Informationen folgen!

Nächste Sitzung der Bürgerschaft am 30. September

Unter der Seite [Livestream - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Infostand in Bramfeld am 25. September

Am Freitag, den 25.9., stehen wir von 10-12 mit unserem Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz und freuen uns auf die Themen und Fragen der Bramfelderinnen und Bramfelder.

Aktuelle Stunde: Hamburg setzt auf Zusammenhalt und konkrete Lösungen statt auf Spaltung und Ausgrenzung

In der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir den Schutz von Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt in

den Mittelpunkt gestellt. Anlass der Debatte sind auch die jüngsten politischen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt, die aus unserer Sicht ein ernstes Warnsignal darstellen. Zugleich machen wir deutlich: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus lösen keines der konkreten Probleme, vor denen Hamburg steht. Entscheidend ist vielmehr, dass die demokratischen Kräfte gemeinsam Verantwortung übernehmen, konkrete Lösungen für die Herausforderungen der Stadt entwickeln und dabei klar für Rechtsstaat, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten.

Dazu Isabella Vértes-Schütter, unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende: "Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt stellen eine Zäsur dar. Wo Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Identität oder ihres Engagements unter Druck geraten, ist die Demokratie als Ganzes bedroht. Eine Politik der Abschottung und der permanente Kulturkampf der AfD lösen keines unserer Probleme. Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, Bildung, eine starke Wirtschaft und Sicherheit sind nur in einer starken Demokratie dauerhaft zu sichern. Gerade in schwierigen Zeiten müssen demokratische Parteien gemeinsam Verantwortung übernehmen, ohne ihre politischen Unterschiede zu verwischen. Dass Hamburg für Vielfalt und Zusammenhalt steht, zeigen die vergleichsweise schwachen Zustimmungswerte für die Hamburger AfD und die Demonstrationen gegen Rechts mit zehntausenden Teilnehmenden."

Ambulante Versorgung gerechter verteilen: Rot-Grün will Bedarfsplanung stärker an den Stadtteilen ausrichten

Obwohl Hamburg in der ärztlichen Bedarfsplanung insgesamt als übertversorgt gilt, sind die Praxen ungleich über die Stadt verteilt. Wir wollen die ambulante Versorgung deshalb gerechter gestalten. Unser Senat soll gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg auf eine stärkere Nutzung bestehender Steuerungsmöglichkeiten hinwirken und sich auf Bundesebene für eine kleinräumigere Bedarfsplanung einsetzen. Ziel ist insbesondere, die haus- und kinderärztliche Versorgung in sozial benachteiligten Stadtteilen zu stärken. Dazu wurde unser Antrag beschlossen.

Dazu Claudia Loss, unsere gesundheitspolitische Sprecherin: „Auf dem Papier ist Hamburg mit Arztpraxen gut versorgt. Entscheidend ist aber, dass Menschen in ihrem Stadtteil tatsächlich eine Haus- oder

Kinderarztpraxis erreichen können. Ob Menschen eine gute medizinische Versorgung erhalten, darf nicht davon abhängen, in welchem Hamburger Stadtteil sie wohnen. Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen müssen wir deshalb früher und gezielter steuern, wenn Praxen wegfallen und keine Nachfolge gefunden wird. Die Kassenärztliche Vereinigung soll künftig selbst zusätzliche Niederlassungsmöglichkeiten beantragen können, wenn sich vor Ort Versorgungsengpässe zeigen. Dafür brauchen wir Änderungen auf Bundesebene. Gleichzeitig wollen wir die Steuerungsmöglichkeiten in Hamburg konsequent weiterentwickeln und stärker nutzen, was bereits möglich ist. Die Bedarfsplanung gerechter zu machen, ist ein dickes Brett. Aber wir arbeiten konsequent daran, dass medizinische Versorgung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.“

Protesttag der Werkstätten für Menschen mit Behinderung



Werkstattbeschäftigte und Werkstatträte aus ganz Deutschland haben am 15. September auf dem Hamburger Rathausmarkt für bessere Bezahlung, mehr Selbstbestimmung und mehr Inklusion im Arbeitsleben demonstriert. Es geht um das Werkstattentgelt, mehr Wahlmöglichkeiten, bessere Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und echte Teilhabe.

Diese Forderungen sind in unserem Bürgerschaftsantrag, der am 2.9. beschlossen wurde, enthalten. Wir setzen uns für eine Werkstattreform auf Bundesebene ein.

Tariftreue stärken, Vergaben vereinfachen: Rot-Grün entwickelt Hamburger Vergaberecht weiter

Mit der geplanten Reform des Hamburgischen Vergabegesetzes soll die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen verbindlich gestärkt und das Vergaberecht zugleich einfacher und praxistauglicher werden. Wir entwickeln den Senatsentwurf mit einem Änderungsantrag weiter, um Tariftreue breiter anzuwenden, Kontrollen zu stärken und Vergabeverfahren einfacher und digitaler zu gestalten.

Dazu Milan Pein, unser haushaltspolitischer Sprecher: „Wer einen öffentlichen Auftrag erhält, soll seinen Beschäftigten faire und tarifgerechte Arbeitsbedingungen bieten. Mit der Tariftreue sorgen wir dafür, dass öffentliche Investitionen gute Arbeit stärken und Unternehmen, die ordentlich bezahlen, im Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Gleichzeitig darf ein modernes Vergaberecht notwendige Investitionen nicht durch unnötige Bürokratie ausbremsen. Deshalb weiten wir die Tariftreue auf mehr öffentliche Aufträge aus und verbinden das mit einfacheren, digitalen und praxistauglichen Verfahren. Konkret wollen wir die Wertgrenzen für Bauleistungen und Konzessionen von 500.000 auf 250.000 Euro absenken und die Regelungen beim Betreiberwechsel im öffentlichen Nahverkehr zugunsten der Beschäftigten stärken. Auch bei den Kontrollen schaffen wir klare Regeln, damit die Vorgaben nicht nur auf dem Papier stehen. Unser Ziel ist ein Vergaberecht, das fairen Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen sichert und zugleich dafür sorgt, dass öffentliche Aufträge zügig umgesetzt werden können.“

Hintergrund

Der Senatsentwurf sieht erstmals eine verbindliche Tariftreueregelung bei öffentlichen Aufträgen vor. Mit dem rot-grünen Änderungsantrag soll der Anwendungsbereich ausgeweitet und die Durchsetzung gestärkt werden. Neben der Absenkung der Wertgrenzen sind unter anderem stichprobenartige Kontrollen, stärkere Regelungen zum Schutz von Beschäftigten bei Betreiberwechseln im öffentlichen Nahverkehr und die Möglichkeit weiterer sozialer Vergabekriterien vorgesehen. Darüber hinaus sollen Vergabeverfahren weiter digitalisiert und vereinfacht, kleinere und junge Unternehmen besser einbezogen und die bestehende Experimentierklausel zu einer breiter angelegten Innovationsklausel weiterentwickelt werden.

Bund-Länder- Arbeitsgruppe zeitnah einsetzen: SPD, Grüne und Linke wollen Voraussetzungen für AfD- Verbotsverfahren prüfen

Wer über ein mögliches Verfahren gegen die AfD entscheidet, braucht eine belastbare Tatsachengrundlage und eine fundierte juristische Bewertung. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit Grünen und Linken dafür ein, zeitnah eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen und die Voraussetzungen für ein mögliches Verfahren gegen die „Alternative für Deutschland“ zu prüfen. Die Arbeitsgruppe soll unter Federführung des Bundes alle relevanten Erkenntnisse und Materialien zusammentragen und bewerten, ob die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht tragfähig begründet werden können. Den interfraktionellen Antrag haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft am 30. September.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Die Politik entscheidet nicht, ob eine Partei verboten wird. Sie muss aber dafür sorgen, dass diese Frage überhaupt belastbar geprüft werden kann. Genau dafür wollen wir zeitnah eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einrichten, die die vorhandenen Erkenntnisse bündelt und prüft, ob die hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren erfüllt sind. Das umfangreiche rechtswissenschaftliche Gutachten der Gesellschaft für Freiheitsrechte hat aus unserer Sicht noch einmal wichtige Hinweise für die Notwendigkeit einer Prüfung gegeben. Unser Verfassungsrecht legt die Entscheidung über einen Antrag auf ein Verbotsverfahren bewusst in die Hände von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Wir sorgen dafür, dass diese Entscheidung auf der Grundlage belastbarer Fakten getroffen werden kann. Für uns Demokraten ist klar: Unsere deutsche Geschichte verpflichtet uns, die Instrumente zum Schutz unserer Demokratie, unserer Grundrechte und unseres Rechtsstaats nicht ungenutzt zu lassen, nur weil ihre Anwendung politisch unbequem ist. Am Ende gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Voraussetzungen liegen vor, dann ist es Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, dies zu bewerten und die AfD gegebenenfalls zu verbieten. Oder sie liegen eben nicht vor, dann gibt es kein Verbot. Eine Partei, die sicher auf den Grundfesten unserer Demokratie steht, muss das Verfahren nicht so fürchten, wie es die AfD offenbar tut.“

Mit der Drucksache 23/2520 hatte die Hamburgische Bürgerschaft im Januar 2026 die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch vom Ausgang des Eilverfahrens vor dem Verwaltungsgericht Köln abhängig gemacht. Da sich die weitere gerichtliche Auseinandersetzung über mehrere Jahre erstrecken könnte und sich die Erkenntnislage zur AfD fortlaufend verändert, soll die Prüfung nun zeitnah beginnen. Eine neue Bewertungsgrundlage bildet dabei das rund 1.500 Seiten umfassende rechtswissenschaftliche Gutachten der Gesellschaft für Freiheitsrechte vom 25. Juni 2026, das Ziele und Verhalten der AfD anhand der Maßstäbe des Bundesverfassungsgerichts untersucht und zu dem Ergebnis kommt, dass ein Verbotsantrag voraussichtlich Aussicht auf Erfolg hätte. Zwei unabhängige Zweitgutachten bestätigen die Wissenschaftlichkeit und Ergebnisoffenheit der Untersuchung. Vor diesem Hintergrund setzen sich SPD, Grüne und Linke nun für die zeitnahe Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundes ein, die alle relevanten Erkenntnisse und Materialien zusammentragen und die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein mögliches Verfahren prüfen soll.

Besuch im Försterhaus am Tag des Offenen Denkmals



Das Stadtteilarchiv Bramfeld hat das historische Hofensemble im Rahmen des Tags des offenen Denkmals gezeigt. Die Räume befinden sich im 2003 unter Denkmalschutz gestellten Försterhaus. Sie sind Teil des Gehöftes von Wilhelm Junghans, dessen Hauptgebäude nebenan steht und heute von Brakula für Kultur genutzt wird.

Erbaut um 1880 wurden beide Gebäude erst als Wohnhäuser und später von verschiedenen Behörden der Gemeinde wie der Kriminalpolizei oder Bücherhalle und Sportverein genutzt. Über die Häuser hinaus sind auch die Kopflinden, das Hoftor und die Kopfsteinpflasterung denkmalgeschützt. Das

Start der Wahlphase des ersten Kinder- und Jugendbeirats für Wandsbek

Der Wandsbeker Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 26. August einstimmig weitere Voraussetzungen geschaffen, dass die Wahl zum ersten Kinder- und Jugendhilfebeirat in Wandsbek datenschutzkonform stattfinden kann und der Beirat noch im Dezember seine Arbeit aufnehmen kann. Damit setzt die Wandsbek-Koalition ein Vorhaben aus dem gemeinsamen Koalitionsvertrag um, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich zu machen.

Der Zeitplan sieht vor, dass unmittelbar nach der Sitzung der Bezirksversammlung am 10. September eine erste Informationskampagne für die Aufstellung von Kandidierenden beginnt. An diese schließen sich die Bewerbungsphase und eine zweite Informationskampagne zur Wahl des ersten Kinder- und Jugendbeirats zwischen dem 26. Oktober und dem 22. November an. Die Wahl selbst findet dann vom 9.-22. November statt. Abgeschlossen wird der Ablauf mit der Konstituierung des Beirats in einem Workshop am 10./11. Dezember.

Finn Nußbaum, Fachsprecher Jugendhilfe der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Gerade in Zeiten großer Unzufriedenheit mit Politik ist es wichtig, jungen Menschen frühzeitig eine aktive Teilhabe an Entscheidungsprozessen und der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu ermöglichen. Mit der Wahl des Hamburg-weit ersten Kinder- und Jugendbeirats schaffen wir im November eine wichtige Voraussetzung für eine dauerhafte, institutionalisierte Beteiligung. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten aus der Verwaltung, dem Dienstleister PLING Kollektiv und den bereits beteiligten Jugendlichen aus der Begleitgruppe für die Vorbereitung bedanken.“

80 Jahre nach der Gedenkwoche von 1946: Bürgerschaftsfraktionen erinnern an ermordete Menschen aus dem Hamburger Widerstand

Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen und Linken haben am 4. September gemeinsam an Menschen aus dem Hamburger Widerstand erinnert, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hingerichtet wurden. Anlass ist der 80. Jahrestag einer besonderen Hamburger Gedenkwoche: Am 4. September 1946 ließ der Hamburger Senat die Urnen der Ermordeten für drei Tage feierlich im Rathaus aufbahren. Mit einer Gedenkfeier im Festsaal würdigen die drei Fraktionen die Biografien, den Mut und die unterschiedlichen Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Dazu Isabella Vértes-Schütter, unsere kulturpolitische Sprecherin: „Die Menschen, an die wir heute erinnern, haben auf ganz unterschiedliche Weise Widerstand gegen das nationalsozialistische Unrecht geleistet. Sie haben dafür mit ihrem Leben bezahlt. 80 Jahre nach ihrer Aufbahrung im Hamburger Rathaus würdigen wir ihren Mut und halten ihre Geschichten lebendig. Erinnerung bedeutet für uns aber immer auch Verantwortung für die Gegenwart. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen geschützt und verteidigt werden, gerade dort, wo Menschen ausgegrenzt, entrechtet oder bedroht werden. Das Vermächtnis der Ermordeten mahnt uns, nicht gleichgültig zu bleiben, wenn unsere demokratischen Werte angegriffen werden.“

Hintergrund

Am 4. September 1946 ließ der Hamburger Senat die Urnen von 26 hingerichteten Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand für drei Tage feierlich im Rathaus aufbahren. Vier Tage später nahmen rund 15.000 Menschen auf dem Ohlsdorfer Friedhof an ihrer Beisetzung teil. Ihre Ruhestätte erhielt später den Namen „Ehrenhain“. Die Gedenkfeier im Festsaal des Hamburger Rathauses erinnert 80 Jahre später an die Ermordeten und ihre unterschiedlichen Formen des Widerstands. Das Grußwort hielt Kultursenator Carsten Brosda. Cornelia Kerth von der VVN-BdA und Wolfgang Kopitzsch vom Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten wirken mit jeweils eigenen Beiträgen an der Gedenkfeier mit. Einen historischen Blick auf die Hamburger Gedenkwoche von 1946 gibt Alyn Šišić von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Die Ehrung der Ermordeten übernehmen Mitglieder von Jugendorganisationen. Die Gedenkfeier wird durch musikalische Beiträge begleitet.

Hamburg erneut auf Platz 3 im bundesweiten Bildungsvergleich

Neuer Bildungsmonitor 2026 vorgestellt

Hamburg hat im Bildungsmonitor des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) bundesweit erneut den dritten Platz erreicht. Die jährliche Vergleichsstudie prüft und bewertet anhand von 13 Handlungsfeldern mit insgesamt 98 Indikatoren, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert. Stärken weist Hamburg aus Sicht der Wissenschaftler:innen 2026 u.a. bei den Handlungsfeldern Internationalisierung (1. Platz), Betreuungsrelationen, Inputeffizienz, und Förderinfrastruktur (jeweils 2. Platz) auf.

Unsere Bildungssenatorin Ksenija Bekeris: „Hamburgs Schulsystem belegt nun schon sechs Jahre in Folge einen hervorragenden dritten Platz unter den 16 Bundesländern. 2010 lag Hamburg noch auf Platz 11. Dafür haben wir viel getan: Der flächendeckende Ausbau der schulischen Ganztagsangebote erfolgte bereits 2012, aber auch die Verbesserung der Lernleistungen gerade im Bereich Lesen und Sprache sowie Englisch zahlt sich aus. Hamburgs Berufsbildende Schulen wurden mit der Gründung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) und der Umsetzung des Schulentwicklungsplans völlig neu aufgestellt und bundesweit zum Vorbild. Wir sind auf einem guten Wege, das bestätigt der Bildungsmonitor 2026 sehr anschaulich.“

Bemerkenswert ist dieser Erfolg insbesondere aufgrund der erheblichen Herausforderungen als Stadtstaat, der massiv angewachsenen Schüler:innenzahl, des fortlaufend ansteigenden Anteils von Schüler:innen ohne deutsche Familiensprache (aktuell 34,9 Prozent), der nach wie vor spürbaren Corona-Folgen und des zwischenzeitlichen Lehrkräftemangels, der inzwischen aber behoben werden konnte. Die strukturell vergleichbaren Stadtstaaten liegen auf Platz 12 (Berlin) und Platz 16 (Bremen).“

Bekeris weiter: „Trotz aller Anerkennung für die erfolgreichen Reformen liegt noch viel Arbeit vor uns: Wir wollen den Bildungserfolg weniger abhängig machen von den familiären Voraussetzungen, die Übergänge von Kita in die Schule und von dort später in den Beruf verbessern und den schulischen Ganzttag qualitativ weiterentwickeln. Der Anteil von

Schüler:innen, die bei Lernstandserhebungen nicht die Mindeststandards erreichen, soll deutlich reduziert werden. Dafür haben wir das bundesweite Startchancenprogramm aufgelegt, bauen die Schulsozialarbeit aus und investieren in den Bildungsbau.“

Hintergrund

Bereits zum 23. Mal wertet die INSM den Beitrag des Bildungssystems für die ökonomische Zukunft Deutschlands aus. Anhand von relevanten Handlungsfeldern wie Integration, Bildungsarmut, Forschungsorientierung und Schulqualität, werden die 16 Bundesländer bewertet. Mit 53,6 Punkten schafft es Hamburg nicht nur auf Platz 3, sondern konnte auch seit 2010 um acht Plätze verbessern. Sachsen führt die Liste in diesem Jahr mit 62,9 Punkten an; Bayern besetzt den zweiten Platz mit 57,8 Punkten.

Stärken Hamburg (Auszug aus INSM Bildungsmonitor 2026)

Internationalisierung (Bildungsmonitor 2026: 1. Platz): Fast alle Grundschülerinnen und Grundschüler in Hamburg (99 Prozent) wurden im Jahr 2024 in Fremdsprachen unterrichtet (Bundesdurchschnitt: 51,7 Prozent). Der Anteil der Berufsschülerinnen und Berufsschüler mit Fremdsprachenunterricht betrug im Jahr 2024 in der Hansestadt 95,6 Prozent (Bundesdurchschnitt: 49,9 Prozent). Die Hamburger Schülerinnen und Schüler haben in der englischen Sprache ein weit überdurchschnittliches Hör- und Leseverständnis. Sie belegen hier unter allen Bundesländern den 1. bzw. 2. Platz.

Betreuungsbedingungen (Bildungsmonitor 2026: 2. Platz): Auf eine Lehrkraft in der Sekundarstufe I (ohne Gymnasien) kamen im Jahr 2024 in Hamburg rechnerisch 10,09 Kinder (Bundesdurchschnitt: 12,9). In den Grundschulen kamen in Hamburg 13 Kinder auf eine Lehrkraft und im Bundesdurchschnitt 15,9. Besser als im Bundesdurchschnitt fallen die Betreuungsrelationen auch in den Kindertageseinrichtungen, in der Sekundarstufe I der Gymnasien und an den beruflichen Schulen aus. Bei den erteilten Unterrichtsstunden pro Klasse wies Hamburg bei den Grundschulen und in der Sekundarstufe I besonders gute Werte auf. In der Sekundarstufe I ohne Gymnasien und bei den Grundschulen wies Hamburg sogar jeweils den besten Wert aller Bundesländer auf. Die Größe der Klassen ist in Hamburg als durchschnittlich anzusehen.

Inputeffizienz (Bildungsmonitor 2026: 2. Platz): In Hamburg wurden die Mittel für die Schulen relativ effizient eingesetzt. Hamburg weist an den Schulen sehr hohe Sachausgaben relativ zu den Gesamtausgaben auf. Weiterhin betrug die Relation der Sachausgaben zu den Personalausgaben an den Hochschulen 57,1 Prozent und im Bundesdurchschnitt nur 43,9 Prozent. Zudem verließen bedeutend weniger Lehrkräfte die Schulen vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit als im Durchschnitt über alle Bundesländer (Hamburg: 10,1 Prozent; Bundesdurchschnitt: 20,2 Prozent). Hamburg erreicht hier den besten Wert aller Bundesländer.

Förderinfrastruktur (Bildungsmonitor 2026: 2. Platz): Spitzenwert der Länder: 99 Prozent der Hamburger Grundschülerinnen und Grundschüler lernten im Jahr 2024 an einer offenen oder gebundenen Ganztagschule

(Bundesdurchschnitt 51,2 Prozent). Gleiches gilt für den Anteil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I, die ganztags betreut werden. Hier erreichte Hamburg einen Wert von 97,7 Prozent (Bundesdurchschnitt: 48,6 Prozent). Zudem fiel der Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder, die sich in einer Ganztagsbetreuung befinden, in Hamburg leicht überdurchschnittlich aus. Weiterhin überstieg in Hamburg im Jahr 2025 der Anteil des Personals mit einem akademischen Abschluss in den Kindertagesstätten mit 12,1 Prozent den Durchschnittswert aller Bundesländer von 7,4 Prozent. Hamburg erzielte hier den zweitbesten Wert aller Bundesländer. Allerdings schnitt Hamburg bei dem Anteil der Ungelernten am Personal in den Kindertageseinrichtungen mit 2,9 Prozent unterdurchschnittlich ab (Bundesdurchschnitt: 2,4 Prozent).

Zeiteffizienz (Bildungsmonitor 2026: 6. Platz): Hamburg zeichnet sich durch relativ geringe Wiederholerquoten im Sekundarbereich I und in den Grundschulen aus. Bei der Wiederholerquote in der Sekundarstufe I wies Hamburg im Jahr 2024 mit 0,6 Prozent den besten Wert aller Bundesländer auf (Bundesdurchschnitt: 2,6 Prozent). Zudem werden relativ wenige Schülerinnen und Schüler verspätet eingeschult. Unterdurchschnittlich schnitt Hamburg jedoch bei dem Anteil der vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge und dem Durchschnittsalter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen ab.

Digitalisierung (Bildungsmonitor 2026: 6. Platz): In Hamburg fällt die Anzahl der neuen betrieblichen Ausbildungsverträge im IT-Bereich pro 100.000 Erwerbstätige mit 49,5 höher aus als im bundesdeutschen Durchschnitt (39,7). Hamburg erzielt hier den zweitbesten Wert aller Bundesländer. Durchschnitt fällt in Hamburg wiederum die Ausstattung der Schulen mit schnellem Internet und der Umfang des Informatikunterrichts an den Schulen aus.

Die gesamte Studie inkl. Hamburg-Auswertung ist abrufbar unter www.insm.de/bildungsmonitor-2026 (ab 14. September.2026, 12:00 Uhr)

48. August-Ernst-Pokal der Hamburger Jugendfeuerwehr



Am 12. September 2026 fand auf dem Campus Steilshoop der 48. August-Ernst-Pokal der Jugendfeuerwehr Hamburg statt. Ab 9 Uhr traten 27 Mannschaften gegeneinander an und mussten verschiedene Aufgaben lösen. Besonders schön: Erstmals waren auch die Miniwehren mit dabei!

Zur Arbeit in der Jugendfeuerwehr gehören viel Teamgeist, Geschick und Feuerwehrwissen – und für den Pokal natürlich möglichst wenige Fehlerpunkte.

Danke an alle Teilnehmerinnen sowie an die vielen Betreuer:innen und Helfer:innen für ihr Engagement!

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997